

## Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Birke Bull

Die Schere zwischen Armut und privatem Reichtum in Deutschland wächst. Sie lässt soziales Miteinander und den Gemeinsinn brüchig werden und schafft Raum für Egoismus, Angst und Resignation. Sie reduziert Politik und Mitbestimmung immer weiter auf Abbau und Sparen. Eine solche Schere zwischen Arm und Reich verwehrt viel zu vielen Menschen mehr Teilhabe an Bildung, Politik, sozialem Miteinander, Kunst und Kultur – eben an dem, was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält.

Und es geht der Demokratie schleichend an den Kragen, weil die Ängstlichen sich nicht wehren und viel zu viele BürgerInnen das Gefühl nicht loswerden, es gäbe gar nichts mehr zu entscheiden.

Wir haben eine Arbeitswelt, die immer mehr Menschen krank macht, weil sie alles fordert und zu wenig gibt. Inzwischen sind es über 15 Mio. Menschen, die in prekäre Beschäftigung gedrängt worden sind. In Sachsen-Anhalt brauchen über 67.000 erwerbstätige Menschen am Ende des Monats Geld vom Amt, weil ihr Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Die Zahl der Leihar-

beiter/innen hat sich mehr als verdreifacht. Mehr als 20% der Beschäftigten arbeiten für viel zu wenig Geld.

Die Energiewende verspielt die notwendige Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern, weil sie zu Lasten von GeringverdienerInnen geht. Es zeigt sich, dass eine ökologische Politik, die auf dem sozialen Auge sehschwach ist, scheitern muss.

Die ungleichen Verhältnisse zwischen Ost und West werden fortgeschrieben. Die Einkommen im Osten liegen immer noch 20% unter denen in den alten Ländern. Der Rentenwert Ost liegt 12% hinter dem Rentenwert West.

Natürlich leben wir nicht am Rande des Weltunterganges. Umbauprozesse haben gerade in den neuen Ländern viel hervorgebracht. Wir wären unglaublich, würden wir diese Seite des Lebens verschweigen. Aber: der Gewinn daraus ist höchst ungerecht verteilt. Viel zu viele Menschen schöpfen zu wenig materiellen, finanziellen und sozialen Gewinn daraus.

DIE LINKE hat die Aufgabe, die Perspektive derjenigen auf die Tagesordnung zu bringen, die von finanziellen Nöten betroffen sind. Die politischen



und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland haben sozialen Nachholbedarf! Wir brauchen eine AGENDA sozial statt der Neuauflage einer AGENDA 2010!

Moderne linke Politik stellt Fragen nach Alternativen, die im Hier und Jetzt beginnen. Es ist höchste Zeit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für eine eigenständige Kindergrundsicherung und eine sanktionsfreie Grundsicherung für Arbeitsuchende. Neben der Reform des Rentensystems soll eine solidarische Mindestrente diejenigen vor Altersarmut schützen, die weiten Teilen ihres Erwerbslebens anderen geholfen haben, oder für viel zu wenig Geld erwerbstätig waren. Im Zuge der Energiewende gehören Stromsperrern verboten. Wir wollen eine Grundversorgung für alle Haushalte und sozial gestaffelte Preise für Energie.

Reichtum muss geteilt werden, denn Teilen macht nicht nur Spaß, sondern ist auch nötig, um Gerechtigkeit herzustellen, Armut zu bekämpfen und vieles von dem, was alle brauchen, auch allen zugänglich zu machen. Es braucht Konsequenz, Bodenhaftung und Kompetenz in der Sache. Es braucht eine starke und moderne LINKE.

### Aus dem Inhalt:

#### Das Thema:

Sozialpolitik

Seite 1 - 3

- Vorstellung des Wahlprogramms

Seite 4

- 11. Weltsozialforum

Seite 5

- Aufstellung der Landesliste

Seite 6

- Regionalkonferenz

Seite 6

- Kreisvorstand

Seite 7

- Stadträte Bernburg und Staßfurt

Seite 8

- Um AIRteilen

Seite 10

- Buchlesung Jan Korte

Seite 11

## ASG fordert Agenda Sozial statt Agenda 2010

Ralf-P. Schmidt

Am 14. März 2013 jährte sich zum zehnten Mal die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit der die damalige rot-grüne Bundesregierung ihre „Agenda 2010“ einläutete und einen massiven Abbau sozialer Rechte vorantrieb. Dies war Anlass für die MitstreiterInnen des Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit der Region Staßfurt (ASG), sich dazu klar zu äußern.

„Hartz IV hat dazu geführt, dass Erwerbslose drangsaliert werden und Beschäftigte viel leichter zu erpressen sind. Das spüren wir auch in unserer Region. Auch bei uns verdienen immer mehr Menschen nur noch Niedriglöhne und müssen als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter oder in anderen unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die meisten Erwerbslosen erleben von den Jobcentern auf Grund der Gesetzeslage nur Druck und Schikanen, statt der versprochenen Förderung“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bündnisses.

„Diese von Rot-Grün begonnene und von der Großen Koalition und Schwarz-Gelb fortgesetzte Politik der sozialen Spaltung muss endlich beendet werden“, fordern die ASGler, die sich auch in der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV der LINKEN Sachsen-Anhalt engagieren.

Statt „Agenda 2010“ brauchen wir endlich eine „Agenda Sozial“. Wir brauchen wieder gute Arbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde. Wir brauchen eine Stärkung der Lohn-einkommen und eine sozial gerechte Steuerpolitik. Wir müssen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und eine Arbeitsförderung für Erwerbslose machen, die diesen Namen auch verdient. Das Verarmungsprogramm Hartz IV ist endlich durch eine armuts-feste sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen.



Das Aktionsbündnis hat ein Logo

Für einen wirklichen Bruch mit der „Agenda Unsozial“ steht nur DIE LINKE. SPD und Grüne sind nach wie vor nicht bereit, die nötigen Konsequenzen aus ihrer verheerenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu ziehen. Das sieht man an den Entwürfen der Wahlprogramme beider Parteien ebenso wie an Peer Steinbrücks und Sigmar Gabriels jüngstem Lob der Agenda 2010. Es braucht daher weiterhin eines starken Drucks von unten. Auch 10 Jahre nach der Agenda 2010 gilt: Je stärker die Gegenkräfte, desto sozialer das Land!

Unser Aktionsbündnis wird deshalb auch weiterhin in Staßfurt ein Informations- und Gesprächsangebot für Betroffene vorhalten und nicht nur anlässlich des „Jahrestages“ der Agenda 2010 für soziale Gerechtigkeit und eine „Agenda Sozial“ werben.

Jeden Dienstag von 9.30 – 11.30 und 15.30 – 17.00 Uhr hält das ASG in den Räumen der Partei DIE LINKE, Grenzstr. 11 in 39418 Staßfurt, Sprechzeiten bereit. Hier bieten Selbstbetroffene und Erfahrene Hilfe an. Wir ASGler haben allerhand Wissen zusammengetragen, um sachkundige Wegbegleiter bei Widersprüchen, bei ungesetzlichen Bescheiden, aber auch im Kampf gegen Hartz IV zu sein.

Dabei wird das Problemspektrum immer größer. Die neue Armut zeigt ihre Wirkung von Jung bis Alt. Schon deshalb bereiten sich die ASGler auf ihre

Arbeit vor. Wir müssen uns den vielen Gesetzesveränderungen stellen, um stets schnell und sachkundig informieren zu können, um bei unseren Sprechzeiten gute Ratgeber zu sein.

Unsere Empfehlung: Aktuell sollten Betroffene auch über eine erneute Beantragung der Freitische für Schülerinnen und Schüler nachdenken, damit die Anträge eine Bewilligung und damit Nutzung erfahren. Aber auch die Angebote des Teilhabepaketes müssen noch ihre Wirkung entfalten. Auch hier leisten wir Unterstützung.

Zur Sprechzeit sind auch Interessierte willkommen, die künftig die Arbeit des Aktionsbündnisses unterstützen wollen. Das Bündnis versteht sich als offenes Bündnis, in dem jeder demokratisch Handelnde mitwirken kann. Für uns steht weiterhin fest: Hartz IV ist unsozial - Hartz IV muß weg!

Und auch in den Reihen der LINKEN sollte das falsche Vorurteil nicht mehr weitergetragen werden, dass Menschen mit Arbeit weniger haben als Hartz IV-Betroffene. Gern machen wir die Rechnung auf! Wir erklären uns mit den Arbeitenden solidarisch, indem wir einen Mindestlohn von 10,00 € die Stunde fordern und mit der LINKEN für eine Mindestsicherung von 1050 € eintreten. Nur so kann Ausgrenzung in der sozialen Teilhabe und bei der Bildung vermieden werden. Nur so kann eine solidarische Gesellschaft gestaltet werden.

*Ralf-P. Schmidt ist Pressesprecher des Aktionsbündnisses und Mitglied im Betriebsausschuss des Jobcenters Salzlandkreis*

## Wer seine Betriebskostenabrechnung prüfen lässt, ist klar im Vorteil

Jana Lankau

Am 25. März luden wir zum Erwerbslosenfrühstück ins Wahlkreisbüro ein. Prof. Kaufmann, Vorsitzender des Mietervereins Bernburg e.V., erläuterte neue mietrechtliche Regelungen, die ab Mai 2013 gültig werden. So müssen Mieter bei energetischer Sanierung von Wohngebäuden Beeinträchtigungen drei Monate lang hinnehmen, ohne die Miete kürzen zu können. Wenn diese Regelung Bestand hat, wäre es der erste Fall, wo man gesetzlich dazu verpflichtet wird, für eine eingeschränkte Leistung den vollen Preis zu bezahlen. Ein weiterer Punkt, den alle Mieter/innen neu beachten müssen: eine nicht bezahlte Kautio-

ist jetzt ein Kündigungsgrund. Bisher war es so, dass sich Vermieter und Mieter auch auf einen Verzicht auf die Kautio einigen konnten, wenn beide Parteien damit einverstanden waren. Das Thema Kautio war auch in anderer Hinsicht für die Gäste interessant. Ein Bernburger Wohnungsunternehmen bat seine Mieter um die Genehmigung, Kautionsparbücher aufzulösen und die Kautionen in Zukunft auf einem Gemeinschaftskonto zu verwalten. Das löste Unsicherheit bei einigen Mietern aus. „Das können sie getrost unterschreiben.“, war die Auskunft von Prof. Kaufmann. Die Kautio bleibt erhalten, egal ob auf einem Sparbuch

oder auf einem Gemeinschaftskonto. Wichtig sei nur, dass das Geld vom privaten Vermögen des Vermieters getrennt aufbewahrt wird, damit es im Falle einer Insolvenz des Vermieters nicht verloren gehen kann.

„Jede zweite Betriebskostenabrechnung, die wir auf dem Tisch haben, ist falsch.“, war das ernüchternde Fazit der Arbeit des Mietervereins. Meistens handelt es sich um Rechen- oder Kalkulationsfehler, oder es werden Dinge in die Betriebskostenabrechnung eingerechnet, die gar nicht vereinbart wurden. Im Zweifelsfall ist man immer gut beraten, wenn man die Abrechnung dem Mieterverein vorlegt.

## Delegiertenkonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV

Christine Pfeiffer

Am 13. und 14. April nahm ich als Delegierte an der Bundesdelegiertenversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hartz-IV in Eschwege teil. Die Tagesordnung war breit gefächert und reichte von internen Regularien die der Aussprache zum offenen Brief der LAG Hartz IV Berlin über die Kampagne „Ich bin Hartz IV“ bis zu Positionen der BAG Hartz IV zum Wahlprogramm der LINKEN und zu Aktionen der BAG auf dem Bundesparteitag.

Viel Zeit nahm die Bearbeitung des Leitantes „Positionen der BAG Hartz IV zum Wahlprogramm der LINKEN 2013“ ein. Das 8-seitige Positionspapier erklärt umfassend, gut verständlich und auf den Wahlkampf bezogen, wofür die BAG Hartz IV steht. Auf der Grundlage dieses Positionspapieres können dann im Laufe der nächsten Monate Änderungsanträge zum Wahlprogramm der Partei formuliert werden. Die BAG beschränkt sich dabei auf ausgewählte soziale Forderungen der LINKEN. Sie weiß, dass diese durch Veränderungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. im

Steuerrecht) ergänzt werden müssen. Die BAG geht davon aus, dass die grundlegenden Positionen aus dem Programm der LINKEN zur Kindergrundsicherung für alle Kinder, zur Abschaffung der Sperrzeiten bei SGB III, zur Abschaffung aller Sanktionen und Leistungseinschränkungen im SGB II und SGB XII, zum Mindestlohn, zum Arbeitsbegriff usw. auch grundlegende Positionen des Wahlprogramms 2013 sind. Die Versammlung bittet die Delegierten der BAG, auf dem Parteitag aktiv die Positionen und Anträge der BAG Hartz IV zum Wahlprogramm zu unterstützen.

Bei den Transferleistungen positioniert sich die BAG ganz klar für die Einführung einer individuellen sanktionsfreien Mindestsicherung oberhalb der Armutsgrenze (zur Zt. mind. in Höhe von 1.050 € netto) ohne Vermögensprüfung. Größere Vermögen sollen durch eine Vermögenssteuer rückverteilt werden. Über die Mindestsicherung hinaus sollen Sonderbedarfe, z.B. für chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen gewährt werden. Ebenso klar ist die Position der BAG

für die Einführung einer individuellen Mindestrente von mind. 1.050 € netto ohne Vermögensprüfung. Auch hier sollen größere Vermögensanhäufungen über eine Vermögenssteuer rückverteilt werden. Soll ein Lohnabstand eingehalten werden, ist der Mindestlohn entsprechend anzupassen.

Im Wahlprogramm soll formuliert werden, dass DIE LINKE die breite gesellschaftliche Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen fördert. Als Konkretisierung dieser Forderung sollen im Wahlprogramm mind. eine auf die innenpolitische Debatte und eine auf die öffentliche Debatte gerichtete Aktivität festgehalten werden, die den Wähler/innen zeigt, dass die DIE LINKE ihr Parteiprogramm auch bezüglich dieser Frage ernst nimmt.

Weitere Punkte sind die Umgestaltung des Wohngeldes, Bildung und Soziales, die Forderung einer entgeltfreien und hochwertigen Pflege für alle Kinder und Jugendlichen in Kitas und Schulen, die Durchsetzung eines sozial-ökologischen Sockeltarifs für Strom, die Einführung eines bundesweiten Sozialtickets uvm.



## Wahlprogramm und Kommunikationsstrategie

Friedrich Schütz

Nach den durch den Parteivorstand im März durchgeführten fünf Regionalkonferenzen (Ost, Nord, West; Südwest und West) befaßte sich dieser auf seiner Tagung am 13. und 14. April abschließend mit dem Entwurf des Wahlprogramms. Dabei, so heißt es in der Information über diese Tagung, wurden über viele Stunden „Argumente abgewogen, Kompromisse gesucht und gefunden und Anträge abgestimmt“. In der Schlußabstimmung gab es keine Gegenstimme und nur fünf Enthaltungen. Der Entwurf wurde am 18. April als Leitantrag an den vom 14. bis zum 16. Juni in Dresden tagenden Parteitag veröffentlicht.

Ich werde im folgenden nicht auf veränderte Formulierungen, Ergänzungen und Streichungen gegenüber dem 1. Entwurf eingehen, sondern mich auf die am 19. April durch die beiden Parteivorsitzenden und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion zur Vorstellung des Programms veranstaltete Pressekonferenz eingehen. Die Tageszeitungen „neues deutschland“ unter der Überschrift „Lustvoller Sozialismus“ und „junge Welt“ unter der Überschrift „Die Gestaltungspartei“ veröffentlichen hierüber am 20. April – meines Erachtens aber zu kurze Berichte.

Gregor Gysi stellte heraus, DIE LINKE setzt im Wahlkampf auf Selbstbewußtsein- und das in Abgrenzung zu allen anderen Parteien. Und er fügt hinzu, daß es auch gar nicht anders gehe, denn sobald sie der Konkurrenz folge und im Bundestag wie alle anderen Fraktionen abstimmen würde, wäre sie überflüssig. Das schließt jedoch eine Zusammenarbeit in mancherlei Hinsicht keineswegs aus.

Die Spitzenfunktionäre stellten dann heraus, daß trotz der in der Öffentlichkeit vorhandenen Wahrnehmung, die SPD sei mit ihrem Wahlprogramm nach links gerückt, DIE LINKE in ihrem Programm durchaus Eigenes anbietet. Mit solchen Zielstellungen wie der Erhöhung des

Spitzensteuersatzes auf 53 % einer Reichensteuer von 75 %, eines gesetzlichen Mindestlohns von 1000 Euro oder der Angleichung der Ost- an die Westrenten, um nur einige anzuführen, setzt sie sich unter der Losung „100 Prozent sozial“ konsequent für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und damit für die Interessen der großen Masse der Bevölkerung ein. Auf die beiden anderen Schwerpunkte unserer Politik (Demokratie, Frieden) soll hier nicht näher eingegangen werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch in unserem Kreisverband die Frage diskutiert, ob die im Wahlprogramm vorgesehenen sozialen Maßnahmen auch finanzierbar seien. Bernd Riexinger stellt hierzu fest, daß alles „seriös durchgerechnet“ sei. Den entstehenden Ausgaben von 165 Milliarden Euro stünden Einnahmen von über 180 Milliarden Euro gegenüber. Es hat wohl niemand die Illusion, daß in relativ kurzer Zeit ein solches Programm im vollen Umfang durchgesetzt wird. Jedoch die Abschaffung der sogenannten Praxisgebühr zum Jahresbeginn und die Tatsache, daß die SPD „nach links blinkt“, sind ein Ausdruck dafür, daß der Druck von links wirkt und der schon oft zitierte Satz „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land“ seine Berechtigung hat.

Bernd Riexinger machte noch auf folgenden Gedanken aufmerksam: Bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 sei unsere Partei vor allem „von der Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik der anderen“ getragen worden, daher der hohe Anteil der Protestwähler und damit die herausragenden Wahlergebnisse. Jetzt, so der Vorsitzende, wolle und müsse man vor allem mit eigenen Konzepten Punkten, also Gestaltungspartei sein. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei den letzten Landtagswahlen ein nicht geringer Teil dieser Bürger/innen für die Piraten stimmte und etwa ein Drittel der

Sympathisanten der neuen Partei „Alternative für Deutschland“ bei der Bundestagswahl 2009 noch für DIE LINKE stimmten.

Bei ihren Ausführungen zum Wahlprogramm ließen die Spitzenpolitiker aber auch die Selbstverständigung in der Partei nicht aus dem Blickfeld. „Wir wollen einen demokratischen - freiheitlichen, ökologischen, lustvollen - Sozialismus. Auf dem Weg dahin gilt es, „viele Schritte zu gehen. Sie beginnen bei den Nöten und Sorgen, Wünschen und Träumen der Menschen“.

Ein erfolgreicher Wahlkampf erfordert aber nicht nur ein gut durchdachtes Wahlprogramm und eine Wahlstrategie, sondern ganz speziell auch eine Kommunikationsstrategie. Diese wurde auf der Tagung des Parteivorstandes beschlossen. In der erwähnten Information heißt es hierzu: „ Bis zum Sommer steht die Aufgabe, engere Wählerschaft der Partei zu binden und ab dem Sommer die Anstrengungen auf die Wechselwählerinnen und Wechselwähler zu richten. Dabei will die Partei selbstbewußt mit dem Erreichten umgehen, auf die Kernkompetenzen – soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik – abstellen, rebellisch sein und Druck machen, einen einheitlichen Wahlkampf mit regionalen Schwerpunkten führen, in erster Linie mit Themen statt mit Personen werben und die vielfältige Wählerschaft in ihrer ganzen Breite – auch diejenigen, die von niemandem mehr sonst bedacht werden, ansprechen.

Die Diskussion des Wahlprogramms geht auch in unserem Kreisverband weiter. Nächster Höhepunkt ist, wie bereits angekündigt, die Veranstaltung mit dem MdB Jan Korte. Auf dieser werden auch die Teilnehmer/ innen über die ersten Maßnahmen zum Wahlkampf informiert.

## Eine andere Welt ist möglich

Friedrich Schütz

Vom 26. bis zum 30. März fand in der tunesischen Hauptstadt Tunis das 11. Weltsozialforum (WSF) statt. Etwa 60.000 Teilnehmer/innen aus 135 Ländern aller Erdteile, vorwiegend aber Bewohner/innen des Gastgeberlandes waren gekommen. Sie vertraten soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, Kirchen und nichtstaatliche Organisationen. Aus Deutschland waren unter anderem Vertreter/innen von ATTAC, verschiedener Gewerkschaften sowie der Rosa-Luxemburg-, der Heinrich-Böll- und der Friedrich-Ebert-Stiftung anwesend.

Es sei daran erinnert, daß das 1. WSF im Januar 2001 in Porto Alegre, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul, durchgeführt wurde. Es folgten darauf in den Jahren bis 2011 unter der ständigen Losung „Eine andere Welt ist möglich“ vor allem in Lateinamerika, aber auch in Afrika und Asien neun weitere. Mit Beginn dieses Jahres werden diese weltweiten Foren aber nur noch in jedem 2. Jahr stattfinden.

Grundlage für die Arbeit des WSF ist eine durch den Internationalen Rat des Weltsozialforums im Juni beschlossene 14 Punkte umfassende Prinzipien-Charta. Davon sollen hier nur drei angeführt werden:

- Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen wenden sich gegen einen Globalisierungsprozeß, der von den großen internationalen Konzernen gesteuert und von den nationalen Regierungen unterstützt wird.
- Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern zusammen und stellt Verbindungen zwischen ihnen her.
- Das Weltsozialforum wird immer ein Forum sein, das offen ist für Pluralismus, Vielfalt der Aktionen und Arten des Engagements der Organisationen und Bewegungen, die sich zu ihm bekennen.

Das weltweite Treffen begann, wie auch die vorangegangenen, mit einer Demonstration durch die Stadt. Diese stand unter dem Motto: „Freiheit für Palästina“.

Dabei machten die teilnehmenden Gruppen durch Flaggen, Sprechchöre oder Transparente auf ihre Herkunft und ihr Anliegen aufmerksam. Dieser Auftakt endete mit einer Kundgebung vor dem Nationalstadion.

Mit über 1000 Foren, Seminaren und Podiumsdiskussionen konnte das ganze Spektrum der Globalisierungskritik angesprochen werden. So nahmen die Ursachen und Perspektiven der revolutionären Entwicklung in Nordafrika, des arabischen Frühlings, einen breiten Raum ein.



Logo des Weltsozialforums

Die Diskussionen über die weltweite Krise des neoliberalen Systems machten deutlich, daß Armut nicht mehr nur eine Massenerscheinung in den Ländern des Südens ist. Verschiedene Veranstaltungen beschäftigten sich mit Fragen des Klimawandels und des Umweltschutzes, andere mit den Folgen der Kolonialisierung für die afrikanischen Länder, mit den Rechten und den verschiedenen Formen der Benachteiligung der Frauen sowie der Perspektivlosigkeit der jungen Leute. Auch Probleme der Migration und der Würde der Menschen waren Gegenstand der Diskussionen. Immer wieder wurde deutlich, daß eine andere Welt nicht nur möglich, sondern auch ganz dringend nötig ist.

Wie die meisten früheren Sozialforen war auch dieses stark durch die Region geprägt. So berichteten die Medien des Landes ausführlich über das Treffen. Die tunesischen Teilnehmer/innen interessierten sich vor allem für solche Veranstaltungen, die Probleme ihres Landes und Nordafrikas betrafen, so beispielsweise für die Auswirkungen des Klima-

wandels auf die Landwirtschaft.

Bei manchen Teilnehmer/innen und Beobachter/innen wird die Frage aufgeworfen, ob die WSF nicht zu einer Routineveranstaltung werden oder geworden sind. Andere vermissen, daß es nicht gelungen ist, eine gemeinsame Plattform für Handlungsaktivitäten zu erarbeiten, was bei der sehr differenzierten Zusammensetzung der Foren und den in den einzelnen Weltregionen doch sehr unterschiedlichen aktuellen Aufgaben sehr kompliziert, wenn nicht sogar unmöglich ist. Bei allen Mängeln der WSF kann aber nicht übersehen werden, wie es in einem nd- Artikel heißt, daß diese „eine weltweit einzigartige Ideenbörse für den Erfahrungsaustausch auch über konkrete Kämpfe gegen die herrschenden Verhältnisse“ sind.

Die auf dem Forum anwesenden sozialen Bewegungen verabschiedeten eine Erklärung, in der es heißt: „Gemeinsam kämpfen die Völker aller Kontinente gegen die Vorherrschaft des Kapitals, die sich hinter dem illusorischen Versprechen wirtschaftlichen Fortschritts und politischer Stabilität versteckt. Wir kämpfen

- gegen die transnationalen Konzerne und ihr Finanzsystem,
- für Klimagerechtigkeit und Nahrungsmittelsouveränität
- gegen Gewalt gegen Frauen
- für Frieden und gegen Krieg, Kolonialismus, Besatzung und Militarisierung unserer Länder.“

Das 12. Weltsozialforum wird mit großer Wahrscheinlichkeit 2015 in einer Großstadt Südamerikas, Afrikas oder Asiens tagen. Sozialforen gab es aber auch im europäischen Maßstab. Diese liegen aber, wie die junge Welt feststellte, „am Boden“. Verschiedene Gewerkschaften und soziale Bewegungen bereiten deshalb ein Gipfeltreffen Anfang Juni in Athen vor, das ein gemeinsames Manifest diskutieren und beschließen soll. Inhalt könnten im wesentlichen Forderungen gegen die Sparprogramme und für die demokratische Kontrolle der Banken sein.

## Der Landesverband Sachsen-Anhalt wählte die Landesliste

Friedrich Schütz

Auf einer Wahlversammlung am 13. April in Magdeburg wählten die Vertreterinnen und Vertreter der Kreis- und Stadtverbände die Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl. Nach der Eröffnung und Konstituierung hielt die Landesvorsitzende Birke Bull eine einführende Rede. Sowohl hieraus als auch aus den jeweils etwa 15 Minuten dauernden Vorstellungsgesprächen können stets nur einige Sätze hervorgehoben werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten, die in einem Teil des Salzlandkreises kandidieren, werden in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung ausführlich vorgestellt. Es sei noch erwähnt, daß alle Bewerber/innen in ihrem Wahlkreis als Direktkandidat/innen aufgestellt wurden.

Birke Bull stellte heraus: Politik und soziale Verhältnisse in Deutschland haben einen Nachholbedarf. Wir brauchen eine

Agenda sozial - keine Agenda 2020. Ohne soziale Gerechtigkeit ist keine Freiheit möglich. DIE LINKE kämpft für eine moderne linke Politik. Für besonders wichtig hält sie die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Sie teilte mit, daß der Landesvorstand in geheimer Wahl einen Listenvorschlag für die ersten fünf Plätze beschlossen hat.

Auf dem 1. Platz kandidierte die Wissenschafts-, Forschungs- und Netzpolitikerin Petra Sitte (Wahlkreis Halle). „Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag“. Sie erhielt 91 Prozent der Stimmen.

Der Innenpolitiker Jan Korte (Anhalt) machte vier Angebote und hob als Schwerpunkte soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung und Vertretung der ostdeutschen Interessen hervor. Er erhielt 89 %.

Für die Kommunal- und Sportpolitikerin Katrin Kunert (Altmark) stimmten 88 %. „Der beste Schutz für Soldaten ist, sie gar nicht in die Kriege zu schicken“.

Auf dem vierten Platz gewann Roland Claus (Burgenland- Saalekreis) mit 73 % gegen einen Mitbewerber, „Die Menschen im Westen und Süden haben es verdient, aus der Einheit etwas zu gewinnen“.

Die Bildungspolitikerin Rosemarie Hein (Magdeburg) setzte sich mit 70 % gegen eine Mitbewerberin durch. Die Bildungspolitik muß „ein größeres Gewicht in der Bundespolitik erhalten“.

Jörg Schindler (Dessau- Wittenberg), der den verstärkten sozialen Protest forderte, kam mit 69 % auf Platz sechs.

Die Sozialpolitikerin Elke Reinke (Harz) wurde mit 68 % auf den siebten und damit letzten Platz gewählt.

## Regionalkonferenz diskutierte das Bundestagswahlprogramm

Lotar Boese

Im Frühjahr hatte der Landesvorstand der LINKEN in den fünf Regionen des Landesverbandes zu Regionalkonferenzen eingeladen, um mit der Basis über aktuelle politische Fragen und zukünftige Aufgaben zu diskutieren. Zu der Veranstaltung am 19. April im Magdeburger Gewerkschaftshaus waren die Mitglieder der Kreisverbände Jerichower Land, Bördekreis, Salzlandkreis und des Stadtverbandes Magdeburg geladen. Im ersten Teil ging es um die Diskussion des Bundestagswahlprogramms, das zu diesem Zeitpunkt erst im Entwurf vorlag, im zweiten Teil um die Vorbereitung der Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Landesvorsitzende Birke Bull referierte nach der Begrüßung anhand einer Präsentation unter dem Titel „Das beste Wahlprogramm aller Parteien“ die Schwerpunkte, politischen Botschaften und einige Knackpunkte des Programmentwurfs und gab so einen Impuls für die nachfolgende Dis-

kussion, an der sich 13 Genossinnen und Genossen beteiligten. Die Spanne der angerissenen Probleme reichte von der generellen Stoßrichtung des Programms und der Strategie des Wahlkampfes über konkrete inhaltliche Fragen und Widersprüche im Entwurf bis hin zu aktuellen Querelen im Stadtverband Magdeburg.

Wulf Gallert, Vorsitzender der Landtagsfraktion der LINKEN, erinnerte daran, dass die Situation der Partei in Ost und West recht unterschiedlich ist. Im Osten käme es darauf an, ein breites Spektrum an Wählerinnen und Wählern anzusprechen. Die Partei sollte es gelassen nehmen und als Erfolg werten, wenn andere Parteien mittlerweile Positionen der LINKEN übernehmen und damit sozusagen „links blinken“. In dieser Situation „die Konkurrenz toppen“ und bei den eigenen Forderungen nervös immer noch eins drauflegen zu wollen, mache die Partei letztlich unglaubwürdig. Die

Skepsis vieler Wohlmeinender äußere sich oft in zwei Aussagen: a) „Es funktioniert nicht“, b) „Ihr könnt es eh nicht durchsetzen“. MdB Rosi Hein, Kandidatin im Wahlkreis Magdeburg ging auf die Unglaubwürdigkeit von SPD und Grünen ein, die heute das Gegenteil von dem vertreten, was sie vor Jahren unter Schröder bzw. Merkel durchsetzten. „Merken das die Leute? Eher nicht“, war ihre Meinung. Dennoch: Die Politik gehe heute in einigen Punkten, die DIE LINKE vor Jahren angestoßen hat, in die richtige Richtung. Dem könnten sich auch die Konservativen nicht völlig entziehen. Das sei ein Erfolg der LINKEN. Diese müsse, damit sie nicht selbst unglaubwürdig würde, klarmachen, dass viele ihrer Forderungen nicht Tagesforderungen sind, sondern sich nur nach und nach und mit entsprechenden Mehrheiten durchsetzen lassen. Wichtig wäre, dass alles gut begründet sei, so die Kandidatin.

## Von der Kreisvorstandssitzung

Klaus Magenheimer

Nach längerer Zeit trafen sich die Mitglieder zu ihrer monatlichen Beratung des Kreisvorstandes am 3. April in Bernburg.

Am Anfang wurde umfangreich informiert über die vielfältigen Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag. Informationsstände in Bernburg, Aschersleben, Schönebeck, Staßfurt und Güsten wurden genutzt, um Glückwünsche auszusprechen, Blumen zu überreichen und natürlich auch ins Gespräch zu kommen. Regen Zuspruch fanden auch eigene gesellige Veranstaltungen in Bernburg, Amesdorf und Könnern. Viele Frauen und Mädchen äußerten sich freudig überrascht, manche taten jedoch auch erstaunt, dass an so etwas noch gedacht wird.

Aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Agenda 2010 fand in Aschersleben eine Mahnveranstaltung statt. Mehrfach signalisierten die Gesprächspartner ihr Unverständnis darüber, dass die

SPD ihre persönliche Verantwortung für diese Entwicklung schnell vergessen hat. Darauf sollte in Zukunft, vor allem im Bundestagswahlkampf, offensiv zurückgekommen werden.

Die Schatzmeisterin berichtete über 15628 Euro gebuchte Beiträge per Monat März. An Mandatsträgerbeiträgen wurden 1941 Euro zusammengetragen.

Aus der Kreistagsfraktionsarbeit informierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende über gegenwärtige Diskussionspunkte in den einzelnen Ausschüssen. Von besondere Rolle nach diesem langen Winter auf den Straßen hinterlassenen Spuren spielt eine Prioritätenliste über den weiteren Straßen- und Brückenbau.

Ein Grundsatzbeschluss zum Schutz und zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche steht weiterhin in der Diskussion. Damit soll langfristig verhindert werden, dass wertvoller Ackerboden entlang der B 6

für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen verwendet wird.

Wenige Tage vor der Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl wurde nochmals die politische Verantwortung des Kreisvorstandes für die Unterstützung von 3 Direktkandidaten herausgestellt.

Mit geplanten Informationsständen und Unterschriftenaktionen in Bernburg, Staßfurt, Güsten und Aschersleben wird eine Beteiligung an der bundesweiten Aktion „UmFAIReilen“ gesichert.

Es gab eine Verständigung zur Beteiligung der Ortsverbände der Partei an den jeweiligen Veranstaltungen zum 1. Mai. Sie reichen von Informationsständen, Gesprächsrunden bis hin zur Beteiligung am traditionellen Altstadtfest in Staßfurt.

*Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender*

## Ortsverband Hecklingen mit neuer Orientierung

Hans-Werner Schröder

Bei ihrer letzten Zusammenkunft befassten sich die Parteimitglieder mit zwei bedeutsamen Schwerpunkten.

Zum einen ging es um die Vorbereitung der fälligen Neuwahl des Vorstandes. Die Leitung soll mit aktiven GenossInnen besetzt werden, die vor Ort ständig ansprechbar und handlungsfähig sind. Gern würde man jüngere Mitglieder in der Verantwortung sehen. Das ist für die zukünftigen Aufgaben wichtig und auch helfen, die Nähe bei jüngeren Menschen zu finden. Ziel muss es sein, dass wir nach den nächsten Kommunalwahlen mit mehr als einem Interessenvertreter der Bürger im Stadtrat vertreten sind. Das kann nur erreicht werden, wenn die politischen und sozialen Ziele der Partei den Bürgern verständlich vermittelt werden. So lobenswert es auch ist, dies kann nicht bei Kranzniederlegungen oder Tafelunterstützung allein erreicht werden.

Zum anderen ging es um brennende aktuelle Probleme. So haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die mit hohem Einsatz um den Erhalt des Grund-

schulstandortes im Ortsteil Hecklingen bzw. für „bezahlbares Abwasser“ im ehemaligen Abwasserzweckverbandsgebiet „Bodeniederung“ kämpfen. Diese haben mit ihrem aufopferungsvollen Einsatz bereits etliche Verbesserungen für die Menschen erreicht. Jetzt kämpft die Bürgerinitiative gegen die Gefahr des Niederschlagswasseranschlusszwanges, der erhebliche Belastungen für Grundstückseigentümer, Pächter und Mieter zur Folge haben würde. Die gesetzlichen Grundlagen hat der Landtag mit der Änderung des § 79 b Wassergesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien von CDU und SPD trotz der mahnenden Wort der Bürgerinitiative und der Ablehnung der Oppositionsfraktionen DIE LINKE und B 90/Die Grünen durchgewunken. Nun gilt es zu verhindern, dass die kommunalen Vertretungen die Gesetzesänderung in Satzungsrecht gießen, damit die Menschen nicht für das Versagen früherer kommunaler Vertretungen, der Aufsichtsbehörden, der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Landespolitik mit zum Teil für viele Menschen

nicht bezahlbaren Beträgen herhalten müssen. Hecklingens LINKE und Sympathisanten wollen die Bürgerinitiativen in ihrem gerechten Kampf vorbehaltlos und aktiv unterstützen. So beteiligen sie sich an einer von der Bürgerinitiative initiierten Protestaktion, wie einer Mahnwache zu Beginn der letzten Stadtratssitzung, in der über 100 Teilnehmer ihren Unwillen über die Gesetzesänderung Ausdruck verliehen. Wenn es auch vom Bürgermeister beschwichtigende Worte gab, Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger sind berechtigt. Wie im Großen zeigt sich auch in Hecklingen, begründet vorgetragene Argumente werden ignoriert. Der Bürgermeister und die ihn stützenden Stadträte der CDU und FDP müssen sich fragen lassen, ob sie mit den Griff in das Portemonnaie der Bürger dem Willen ihrer Wähler so Rechnung tragen oder wollen sie sich das Wohlwollen der Landesregierung erkaufen.

*Heinz-Werner Schröder ist Mitglied der BO Hecklingen*



## Aus dem Bernburger Stadtrat

Udo Riedel

Der Bernburger Stadtrat befaßte sich auf seiner Tagung am 18. April zunächst mit Abberugungen und Neuberufungen bei der Feuerwehr. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Verabschiedung des „Strategie- und Handlungskonzeptes für den ländlichen Raum“. Dieses soll die strategischen und damit langfristigen Entwicklungsziele der nun größeren Stadt insbesondere für die einzelnen Ortsteile festklopfen. Auf eine Beschlussvorlage des öffentlichen Teils der Tagesordnung soll aber doch noch etwas ausführlicher eingegangen werden: Die Orientierung für die Elternbeitragsgestaltung ab dem Inkrafttreten des neuen Kinderförderungsgesetzes. Hierbei ist es weniger die Gebührenregelung dieses Beschlusses, denn bei ihr handelt es sich im Großen und Ganzen nur um eine Anpassung der Betreuungszeiten an die neuen Regelungen. Mit diesem Beschluss wird aber

die Umsetzung der gesamten Änderungen des neuen Gesetzes in Bewegung gesetzt und da kommt noch einiges auf die Kommunen zu, was doch nur schwer verdaulich sein wird. Das beginnt mit der neuen Zuständigkeit für die Bedarfsplanung beim Landkreis. Dieser legt dann zwar zukünftig fest, wie viele Plätze in einer Region bereit zu stellen sind und welcher Träger in welcher Einrichtung wie viele Kinder aufnehmen darf, aber genauso wie das Land ist auch der Kreis nur über eine Pauschale an der Finanzierung der Fehlbeträge bei den einzelnen Einrichtungen beteiligt. Abgesehen von diesen Pauschalen haben die Träger noch für eine Übergangsfrist einen Teil der Fehlbeträge – maximal 5 % der Fehlbeträge bei den Sachkosten – selbst zu tragen. Sämtliche weiteren Fehlbeträge hat die jeweilige Kommune zu erstatten und ab 2015 fällt der Eigenanteil der Träger sogar ganz weg. Das heißt ab 2015

sind die Träger faktisch aus jeder finanziellen Eigenverantwortung für ihre Einrichtung entlassen! Und das zu Lasten der Kommunen, denn für alle anderen Zuschussgeber gelten ja Pauschalen. Und treffen dann Kommunen an ihre Leistungsgrenzen – und bei vielen Kommunen in Sachsen-Anhalt ist das ja schon jetzt der Fall – bliebe dann nur noch das Drehen an der Preisschraube für die Elternbeiträge. Das aber kann nicht im Sinne einer besseren Kinderbetreuung sein. Wir halten diese Gesetzesänderungen für einen Schritt in die falsche Richtung. Das Land Sachsen-Anhalt droht unter dieser Regierung in eine Spirale des „sich kaputt Sparens“ zu geraten, sei es in der Kinderbetreuung, in der Schulpolitik, in der Frage der Polizeistruktur oder bei der Hochschullandschaft.

*Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat*

## Aus dem Staßfurter Stadtrat

Klaus Magenheimer

Eigentlich sollte der Haushalt 2013 noch kein ausgiebiges Diskussionsthema in der Stadtratssitzung am 18. April sein. Aber die Tagesordnung wurde von den aktuellen Ereignissen überflügelt. Verantwortlich sind die kursierenden Sparvorschläge des SPD – Finanzministers. Und der Oberbürgermeister war im Gehorsam nachgeeilt und hat seine Vorstellungen dazu veröffentlicht. Sie sehen vor, die Grundschulen in Neundorf und Löderburg in kommende Zeit wegen des Nichterreichens der Schülerzahl dichtzumachen. Dieses Handeln hat jedoch bei den betroffenen Eltern, aber auch bei unserer Fraktion den Widerstand entfacht. Wenn wir es ernst meinen mit der notwendigen Investition in die Bildung der Kinder, dann kann man wirklich nicht so handeln. Wir unterstützen auf der einen Seite diesen berechtigten Protest und auf der anderen Seite wollen wir durch eigene sachdienliche Anträge den Erhalt der Schulen sichern. Wir halten eben nichts vom blinden Durchsetzen von oben angeordneter unabweichlicher Verfahrenswege.

Darin sind wir uns auch einig mit den Mitgliedern der Bürgerinitiative „Bezahlbares Abwasser“. Auch sie machten während der jüngsten Ratssitzung auf Zustände aufmerksam, die auf uns zukommen könnten bei der Durchsetzung des Anschlusszwanges bei der Niederschlagswasserbeseitigung. Auch dieses ernste Problem der Bügerrinnen und Bürger ist zurückzuführen auf das arrogante Verhalten der Landtagsabgeordneten von CDU und SPD bei der Änderung des Wassergesetzes. Im Namen unserer Fraktion versprach ich, mit uns wird es keine Satzungsänderung geben, die dem Verband ermöglicht, in die Taschen der Bürger zu greifen. Auch mit dieser Bürgerinitiative werden wir konstant im Gespräch bleiben. Weil wir es im Januar mit einem Antrag gefordert hatten, berichtete der Wirtschaftsförderer der Stadt über den gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand in Industrie, Handel und Dienstleistungen. Mit anschaulichem Zahlenmaterial wurde dargestellt, dass nicht nur unsere Bevölkerung abnimmt, sondern leider auch die

Anzahl gut bezahlter Arbeitsplätze nicht wesentlich zugenommen hat.

Zugenommen haben aber auch die finanziellen Probleme der kommunalen Bau- und Wohnungsgesellschaft. Durch einen großen Wohnungsleerstand wird das Einnahmeergebnis immer schlechter. Mit der Bildung eines zeitweiligen beratenden Ausschusses wollen die Mitglieder des Stadtrates gemeinsam mit den anderen Gremien nach gangbaren Wegen suchen, damit unser kommunaler Betrieb wirtschaftlich stabil wird und nicht als ein letzter Ausweg die Privatisierung gesehen wird. Wir haben uns immer für den Erhalt als kommunales Eigentum ausgesprochen, wollen uns Erfahrungsträger zur Seite holen, um hier und da schlechte Erfahrungen gar nicht erst machen zu müssen. Die Veranstaltungen zum

1. Mai werden wir auch nutzen, um Unterschriften für den kommunalen Erhalt zu sammeln.  
*Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat*



## Kommunaltour der Landtagsfraktion

Jana Lankau

Zwei Mal im Jahr bereisen die Abgeordneten der Landtagsfraktion alle Landkreise, um sich ein Bild über die Auswirkungen der Landespolitik zu machen. In Gesprächen in Betrieben, Vereinen und Verbänden erfahren sie, was gut gelungen ist oder wo es Probleme, Hinweise und Anregungen gibt.

Am 15. April war eine Besuchsgruppe in Bernburg unterwegs. Sie besuchte den Abwasserzweckverband Saale, Fuhne, Ziethe, um sich im Gespräch mit dem Vorsitzenden Herrn Schulze über den Stand der Abwasserbeseitigungsplanung und damit verbundener Probleme zu erkundigen. Wie in vielen anderen Bereichen spielt auch hier die Demografie eine entscheidende Rolle, auf die es sich einzustellen gilt. Bei der Abwasserbeseitigung gibt es deshalb in sehr kleinen Orten außerhalb von Hochwassergebieten die Möglichkeit, dezentrale Beseitigungsanlagen zu errichten. Möglich, dass das demnächst auch für die Trinkwasserversorgung an wenigen Stellen nötig wird. Herr Schulze empfiehlt, über sogenannte Erneuerungsbeiträge nachzudenken, da es sonst zu Schwierigkeiten kommen könnte, wenn immer weniger Leute die Kosten von Investitionen tragen müssen und gleichzeitig kaum noch Fördermittel vorhanden sind.

Am Nachmittag ging es ins Tierheim. Die sogenannte Kampfhundeverordnung wird gerade evaluiert, und so galt das Interesse der Abgeordneten vor allem den Hunden, die laut Liste als gefährliche Rassen eingestuft werden. Der Vereinsvorsitzende Herr Liebchen betreut mit seinen Mitarbeiter/innen zu dritt Tiere, die in den Orten Bernburg, Könnern und Güsten aufgefunden oder vom Ordnungsamt eingezogen werden. Dafür bekommt der Verein 1,20 Euro je Einwohner. Das ist viel zu wenig, um die Kosten für die tierärztliche Betreuung, Futter und Unterbringung der Tiere sowie die Lohnkosten für die Mitarbeiter/innen zu begleichen. Viele Tiere gelten auf Grund ihres Alters oder ihres Wesens als nicht vermittelbar und müssen daher dauerhaft im Tierheim unterge-



Besuch des Bernburger Tierheims im Ortsteil Plömnitz

(Foto: privat)

bracht werden. Selbst wenn Besitzer der vom Ordnungsamt eingezogenen Tiere ermittelt werden können, können diese sich oft einen Sachkundenachweis und einen Wesenstest für das Tier nicht leisten (je ca. 400 Euro). Die wären aber nötig, um das Tier zurückzubekommen. Volker Liebchen forderte, im Kampfhundegesetz für eingezogene Hunde neue Verträge festzuschreiben, die die auskömmliche Finanzierung einer artgerechten Versorgung der Tiere garantiert. Eine weitere Forderung des Vereinsvorsitzenden betraf die Mitarbeiter/innen, die einen 1-Euro-Job oder ähnliche Maßnahmen im Tierheim ableisten. Sie werden nämlich, wie vom Gesetz vorgesehen, nach einem halben Jahr abgelöst. Da haben sie sich aber gerade eingearbeitet und eine Beziehung zu den Tieren aufgebaut.

Die Tour wurde abgeschlossen mit einer Diskussionsrunde im Bernburger Bürgerbüro zum Thema: „Was sind uns Kunst und Kultur wert?“

Stefan Gebhardt brachte den nötigen Sachverstand mit, um als kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion einen Einstieg in die Diskussion zu geben. Er erläuterte die Ergebnisse des Kulturkonvents des Landes Sachsen-Anhalt. So sollen ab 2014 die Ausgaben für die Kultur von derzeit 80 Mio. € auf 100 Mio. € erhöht werden. Aber auch um neue Einnahmemöglichkeiten hat man sich Gedanken gemacht. So sollen Kulturregionen gebildet werden, innerhalb derer die überörtlich bedeutsame Kultureinrichtungen gemeinsam gefördert werden. Kulturförderabgaben auf Übernachtungen sowie auf Tickets (einigen noch bekannt als „Kulturroschen“) sind

weitere Einahmequellen.

Nach dieser Einführung entspann sich eine hochemotionale Diskussion. Den anwesenden Künstler/innen gingen die Ergebnisse nicht weit genug. Der Bildhauer Gerd Büttner schilderte seine schwierigen Arbeits- und Existenzbedingungen. Künstler werden zwar gern als Bindeglied benutzt, um bestimmte Themen zu transportieren, nur die Finanzierung ist völlig unzureichend gelöst. Der Maler Hartmut Schulz forderte dazu auf, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Gesprächspartner wie Großbetriebe, Banken, Versicherungen o.ä. auf ihre Verantwortung zur Förderung von Kunst und Kultur aufmerksam zu machen.

Gegen die weitere Belastung der Kommunen durch Kulturraumfinanzierung wandte sich Paul Koller, Bernburger Kulturdezernent, vehement. Eine solche Abgabe sei ein Irrweg, gegen den die Kommunen bei Bedarf Sturm laufen werden. Er schilderte die Kulturlandschaft, die Bernburg gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden und mit dem Landkreis finanziert. „Das Land muss die Traute zu unpopulären Entscheidungen haben und nicht die Kommunen bluten zu lassen, wenn es nicht mehr weiter weiß.“ Ein wenig glätteten sich die Wogen, als präzisiert wurde, dass sich die Abgabe nicht nur nach der Anzahl der Einwohner/innen richtet, sondern auch kulturausgabengewichtet sein soll. Die mangelnde Finanzierung der öffentlichen Hand sei das Hauptproblem, so Lothar Boese, Kreisvorsitzender der LINKEN. Dies wird unser Thema auf allen Ebenen der Politik bleiben müssen.

*Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull*

## DIE LINKE fordert überall im Salzlandkreis: „UmFAIRteilen!“

Christa Beier, Jana Lankau, Jörg Lemmert

Mitte April beteiligte sich DIE LINKE im Salzlandkreis am bundesweiten Aktionstag „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“. Dabei gab es in Aschersleben, Bernburg, Staßfurt, Schönebeck und Güsten Aktionen. An Infoständen auf den Märkten der Orte wiesen zahlreiche Genossinnen und Genossen auf die Missstände hin, die bei der Verteilung des Reichtums in Deutschland nach wie vor bestehen.

In Bernburg wurde z.B. das Motto des Landesverbandes „Teilen macht Spaß“ wörtlich genommen und Schokolade unters Volk gebracht. Die Aktion in der Saalestadt wurde auch von der Landesvorsitzenden Birke Bull unterstützt.

In Staßfurt wurden fleißig unterschrieben gesammelt. 70 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben für die Forderung nach einer dauerhaften Vermögenssteuer und



UmFAIRteilen in Staßfurt (Foto: privat)

einer einmaligen Vermögensabgabe. Auch die Schönebecker GenossInnen haben sich an der bundesweiten Aktion „UmFairteilen“ beteiligt. Nachdem der ursprüngliche Termin für den Info-Stand ins Wasser gefallen war, wurde die Aktion für den 18.04.2013 organisiert. Bei herrlichem Sonnenschein waren viele BürgerInnen auf dem Markt im Schönebecker Ortsteil Bad Salzelmen anwesend. Einige hatten die Ankündigung in der Presse gelesen und kamen spontan zum Informationsstand. Viele BürgerInnen trugen sich in die Unterschriftenliste ein und bekräftigten somit unsere Forderungen nach einer Millionärssteuer und nach einer Vermögensbesteuerung,



UmFAIRteilen in Bernburg

(Foto: privat)

die die öffentlichen Kassen füllen soll, um soziale Belange besser durchzusetzen. Fast alle BürgerInnen waren empört darüber, wie sich die Reichen die Taschen füllen und in den Kommunen und Haushalten immer mehr gespart werden soll. Wegen des großen Interesses werden diese Info-Stände weiter fortgesetzt, um mit noch mehr BürgerInnen ins Gespräch zu kommen.

Bundesweit wurde am Aktionstag in zahlreichen Städten darauf verwiesen, dass die Schere zwischen Arm und Reich, bei Vermögen und Einkommen immer weiter auseinandergeht. So besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung über 60 % des gesamten Nettovermögens, wohingegen sich die ärmsten 50 % mit 1,6 % des gesamten Nettovermögens zufrieden geben müssen. In der Folge dieser Schieflage ist die öffentliche Daseinsvorsorge auch in Sachsen-Anhalt mehr und mehr bedroht.

DIE LINKE ist wie viele andere nicht gewillt, diese Ungerechtigkeit widerstandslos hinzunehmen, denn es gibt Alternativen, auf die der Aktionstag hinweist. Schulschließungen, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Abbau bei Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen - all das könnte verhindert werden, wenn es den politischen Willen gäbe, große Vermögen und hohe Einkommen gerecht zu besteuern. So setzt sich DIE LINKE für eine Millionärsteuer in Höhe von 5 % und für eine einmalige Krisenabgabe auf Vermögen über eine Million Euro ein. Außerdem wollen wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf ein Niveau, das unter Helmut Kohl aktuell war und damals niemanden arm gemacht hat. Eine Verteilung des Reichtums von oben nach unten eben, die sozial gerecht und für den Erhalt des gesellschaftlichen Reichtums notwendig ist.



UmFAIRteilen in Aschersleben

(Foto: privat)



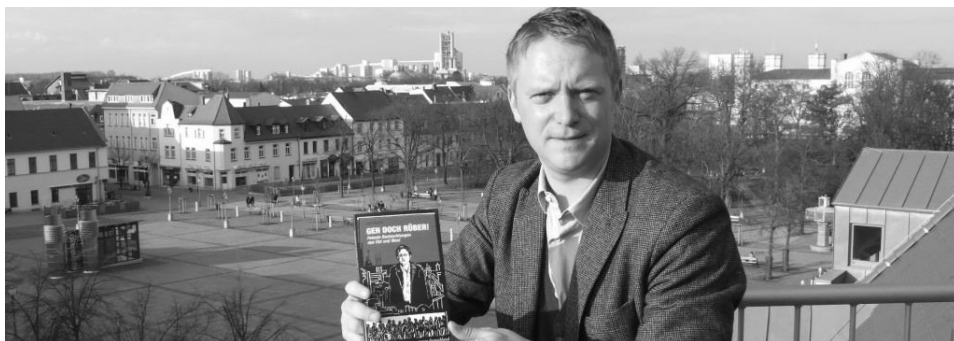
## Lesetour führte Jan Korte nach Bernburg

Jörg Lemmert

Der letzte Besuch von MdB Jan Korte in der Saalestadt hatte einen eher ungewöhnlichen Grund: Am 11. April war der Abgeordnete zur Lesung seines Buches „Geh doch rüber“ (Verlag Neues Deutschland) in die Bernburger Stadtbibliothek gekommen. Die erste Veranstaltung dieser Art für Jan Korte in Bernburg, aber immerhin schon die 15. im Rahmen einer Lesetour, die vor allem durch Städte in Sachsen-Anhalt führte und auch weiterhin führt.

Der gebürtige Niedersachse wurde mehrfach von Journalisten auf seinen Blick auf den Osten der Republik und die Unterschiede zu westdeutschen Erfahrungen angesprochen. So entstand im letzten Jahr die Idee, diverse Anekdoten in einem kleinen Buch zu sammeln und auch einer größeren Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Rechnung ging auf: „Feinste Beobachtungen aus Ost und West“ ist in der ersten Auflage von 1000 Exemplaren mittlerweile fast komplett vergriffen, und auch die Lesungen haben großen Zulauf.

So auch in Bernburg: Bibliotheksleiterin



Jan Korte präsentiert sein Buch auf dem Dach der Bernburger Bibliothek

(Foto: privat)

in Frau Rziha durfte neben Jan Korte gleich 50 Gäste zur Lesung begrüßen, womit fast alle Plätze besetzt waren. Schnell gab es die ersten Lacher für die fast durchweg heiteren Geschichten des Abgeordneten, in denen er sich oft genug auch selbst auf die Schippe nimmt. Das Publikum erfuhr, wie Jan Korte das Händeschütteln als Begrüßung im Osten erst lernen musste, wie er Ost-West Unterschiede bei der Aussprache seines Vornamens bemerkte und wie er lernte, was ein B 1000 ist. Aber auch Anekdoten aus dem deutschen Bundestag gab es an diesem Abend zu hören. Die Abgeordneten kamen dabei nicht

immer gut weg, was die Gäste mit viel Gelächter und Applaus quittierten.

Die Atmosphäre bei der Lesung war durchweg gut, und das gut gemischte Bernburger Publikum zeigte sich begeistert von den selbstironischen Geschichten, die oftmals auch einen direkten Bezug zur Saalestadt haben. Wer sich auch begeistern lassen möchte, sollte den zweiten Auftritt im Salzlandkreis am 30. Mai in Staßfurt nicht verpassen. Um 17 Uhr gibt es dort in der Urania eine weitere Lesung.

*Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte*

## Große Erleichterung bei der armenischen Familie Kalashyan

Jörg Lemmert

Am 6. März fiel das Urteil der Härtefallkommission des Landes Sachsen-Anhalt: Der Bernburger Teil der armenischen Familie Kalashyan darf in Deutschland bleiben. Da das Votum der Kommission kurz danach von Innenminister Holger Stahlknecht bestätigt wurde, steht dem dauerhaften Bleiberecht der Kalashyans nichts mehr im Wege.

Jan Korte nutzte seinen Besuch in Bernburg Anfang März gleich zu einem Treffen mit einigen Familienmitgliedern. Im Bernburger Bürgerbüro brachten die Kalashyans ihre enorme Erleichterung zum Ausdruck und dankten dem Abgeordneten für seinen Einsatz. Zusammen mit dem Bernburger Pfarrer Johannes Lewek hatte Jan Korte Ende letzten Jahres eine Kampagne für das Bleiberecht gestartet. Bei einer Unterschriftensammlung sprachen sich dabei fast 3000 Bürgerinnen und Bürger für



Jan Korte mit den Kalashyans im Bernburger Bürgerbüro

das Bleiberecht der jesidischstämmigen Familie aus (die DLZ berichtete). Der Wahlkreisabgeordnete dankte beim Treffen mit den Kalashyans nochmal den zahlreichen Unterstützern der Kampagne und versprach, den großen Erfolg mit allen Beteiligten im Frühjahr noch gebührend zu feiern. Er begrüßte die öffentliche Diskussion um das Asylrecht,

die durch den Fall auch in Sachsen-Anhalt neu entfacht wurde: So hätten Unterstützerinnen und Unterstützer der Petition ihr Unverständnis darüber geäußert, dass in einem so klaren Fall, wie dem der Familie aus Armenien, erst die Entscheidung der Härtefallkommission ein Bleiberecht ermöglicht hat.

Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
April  
recht herzlich

Zum 88. Geburtstag  
Ilse Fischer  
Rolf Becker

Zum 87. Geburtstag  
Elfriede Bölke

Zum 86. Geburtstag  
Brunhilde Dix

Zum 84. Geburtstag  
Oskar Wohlgemuth

Zum 83. Geburtstag  
Werner Schulze

Zum 82. Geburtstag  
Hartmut Kegler

Zum 81. Geburtstag  
Friedrich Schütz

Zum 70. Geburtstag  
Heidmarie Baldamus

Zum 65. Geburtstag  
Klaus-Dieter Magenheimer  
Helmut Franke

Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im April  
Geburtstag haben



#### **Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
02.05.2013 um 18 Uhr im Fraktions-  
büro Staßfurt (Grenzstraße 11).

#### **LINKE Straßengespräche in Aschersleben**

Am 16.05.2013 um 10 Uhr auf dem  
Holzmarkt in Aschersleben.

#### **Bundestagswahlprogramm und Bundestagswahlkampf**

Vortrag und Diskussion mit  
**MdB Jan Korte**  
Direktkandidat im Wahlkreis Anhalt  
am Dienstag, dem 07.05.2013 um  
18 Uhr in der Gaststätte Alte  
Molkerei in Bernburg

Der Kreisvorstand

#### **Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land!**

Vortrag und Diskussion mit  
**Bernd Riexinger**  
Vorsitzender DIE LINKE  
am Donnerstag, dem 06.06.2013 um  
18 Uhr im Metropol in Bernburg

Der Kreisvorstand

#### **Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung**

Am 08.05.2013 um 17 Uhr am  
Mahnmal auf dem Martinsplatz in  
Bernburg.

#### **Wahlkreistage vom MdB Jan Korte**

Der Bundestagsabgeordnete ist am  
07.05., 27.05. und 30.05.2013  
wieder im Salzlandkreis unterwegs.

Das nächste **Erwerbslosenfrüh-  
stück im Bernburger Bürgerbüro**  
findet am 27.05.2013 um 10 Uhr  
statt.

Einsendeschluss für die nächste  
DLZ ist der 13. Mai 2013 und Re-  
daktionsschluss war der 15. April  
2013

#### **Veranstaltung zum 1. Mai im Salzlandkreis**

**Aschersleben:** 10 Uhr Kundgebung  
zusammen mit den Gewerkschaften  
auf dem Holzmarkt

**Bernburg:** 9 Uhr Kundgebung mit  
Gewerkschaften und Parteien auf  
dem Karlsplatz

**Staßfurt:** 10 Uhr Politfrühshoppen  
am Löderburger See mit Anwältin Si-  
mona Rössing zum Thema Arbeits-  
kampf; Infostand beim Altstadtfest  
auf dem Neumarkt

**Schönebeck:** 11 bis 15 Uhr Maifest  
auf dem Bierer Berg mit Musik, Tanz,  
Quiz und MdB Rosi Hein und MdL  
Sabine Dirlich

**Könnern:** 10:30 Uhr Kundgebung  
zusammen mit den Gewerkschaften  
auf dem Patz des Friedens

#### **Buchlesung von MdB Jan Korte**

Der Bundestagsabgeordnete liest  
am 30.05.2013 um 17 Uhr in der  
Staßfurter Urania aus „Geh doch  
rüber.“ Der Eintritt ist frei.

#### **DIE LINKE ZEITUNG**

Herausgeber:  
Kreisvorstand DIE LINKE.  
Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

Mail:dielinke-salzlandkreis@t-on-  
line.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),  
Joachim Redmann,  
Klaus Magenheimer,  
Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-  
onsschluss eingegangenen Artikeln kann  
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.